

Der neue Kohle-Ausstieg

Früher als geplant steigt RWE aus der Kohleverstromung aus. Damit wächst der Druck auf Wettbewerber Leag, auch die ostdeutschen Reviere bald zu schließen.

Der Essener RWE-Konzern will bereits 2030 aus der Kohleverstromung aussteigen - acht Jahre früher als bislang geplant. Eine entsprechende Vereinbarung verkündete RWE-Chef Markus Krebber am Dienstag gemeinsam mit Wirtschaftsminister Robert Habeck. RWE will nun verstärkt in erneuerbare Energien investieren. Erst am Wochenende hatten die Essener mithilfe des Emirats Katar für knapp sieben Milliarden Euro einen Solaranlagenbetreiber in den USA übernommen.

Nicht nur für RWE ist der vorzeitige Kohleausstieg ein großer Schritt. Auch die Bundesregierung kommt mitten in der Energiekrise dem Versprechen näher, bereits 2030 die klimaschädliche Kohleverstromung in Deutschland zu beenden. Kurzzeitig muss die Kohle jedoch infolge der Kriegsknappheit bei Gas einen stärkeren Beitrag leisten. Um Ausfälle in der Stromversorgung zu verhindern, sollen zwei Kohlekraftwerke länger als vorgesehen am Netz bleiben.

"Als nächsten Schritt müssen wir auch den Kohleausstieg in Ostdeutschland vorziehen", forderte Katharina Dröge, Chefin der Grünen-Bundestagsfraktion. Man arbeite an weiteren Schritten und sei in Gesprächen, heißt es aus dem Bundeswirtschaftsministerium.

Anders als RWE sträubt sich der ostdeutsche Wettbewerber Leag noch. Man habe die heutigen Ankündigungen "mit Interesse zur Kenntnis genommen", heißt es lediglich seitens Leag. Für das Cottbusser Unternehmen gelte weiter das gesetzlich festgelegte Ausstiegsdatum. S. Kersting, C. Krapp, K. Witsch

Der neue Kohle-Ausstieg

Mitten in der Versorgungskrise arbeitet die Bundesregierung wohl schon einige Zeit an einem Megadeal: Deutschland soll bereits 2030, acht Jahre früher als geplant, aus der Kohleverstromung aussteigen.

Seit Wochen laufen nach Handelsblatt-Informationen intensive Gespräche mit den zwei größten Kraftwerksbetreibern RWE und Leag. Um den Unternehmen den vorzeitigen Ausstieg schmackhaft zu machen, sei ein ganzes Paket geschnürt worden, berichten mit dem Vorgang vertraute Personen. Das von RWE betriebene Rheinische Revier sei da nur ein erster Schritt, heißt es.

"Wir werden die Braunkohleverstromung 2030 beenden", sagte RWE-Chef Markus Krebber am Dienstag. Die überraschende Ankündigung erntete viel Zuspruch, vor allem unter den Grünen. Die hatten sich bis zuletzt für einen Kohleausstieg 2030 starkgemacht. Im Koalitionsvertrag hatte es lediglich geheißen: "Zur Einhaltung der Klimaschutzziele ist auch ein beschleunigter Ausstieg aus der Kohleverstromung nötig. Idealerweise gelingt das schon bis 2030."

Grünen-Fraktionschefin Dröge sprach von "einem großen Tag" für den Klimaschutz. "Der frühere Kohleausstieg in Westdeutschland zum Jahr 2030 ist ein großer Schritt zur Erreichung der Klimaziele." Ähnlich bewerteten führende Grüne die Vereinbarung zwischen dem Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen und RWE.

Gleichzeitig wird erste Kritik an den Plänen laut: "Die von Minister Habeck vorgeschlagene vorzeitige Abschaltung von Kohlekraftwerken sendet in Zeiten der Energiekrise ein falsches Signal an die Märkte", sagte Michael Kruse, Sprecher für Energiepolitik der FDP-Bundestagsfraktion. Der Vorschlag müsse deshalb einem Realitätscheck unterzogen werden: "Es darf in Deutschland keine Stromlücken geben, die unser System gefährden." Dem versucht Habeck Rechnung zu tragen: Der Beschluss von RWE und der Politik sieht vor, dass zwei Kraftwerksblöcke, die nach derzeitiger Rechtslage Ende des Jahres stillgelegt werden sollten, bis ins Frühjahr 2024 weiterlaufen und RWE neue Gaskraftwerke baut. Damit soll nicht nur in der aktuell angespannten Lage, sondern auch in Zukunft eine stabile Stromversorgung sichergestellt werden.

Eine Kehrtwende vor der Kehrtwende

Der vorgezogene Kohleausstieg wirkt vor allem vor dem Hintergrund paradox, dass seit Anfang Oktober alte, bereits stillgelegte Kraftwerke aus der Reserve zurück ans Netz geholt werden. Sie sollen eine drohende Gasmangellage im Winter verhindern. Ein Kohleausstieg 2030 ist auch ohne Blick auf die nächsten zwei Winter sehr ambitioniert, aber in den Augen vieler Experten machbar. "Um das zu erreichen, muss der Erneuerbaren-Ausbau jetzt massiv beschleunigt werden, und die Voraussetzungen für mehr Flexibilität im System müssen geschaffen werden", sagt Energiemarktexperte Simon Müller vom Thinktank Agora Energiewende.

Die Stromerzeugungsziele der Bundesregierung waren bereits vor der von Russland verursachten Energiekrise ehrgeizig: Bis 2030 soll Deutschland 80 Prozent des Stroms mit erneuerbaren Energien produzieren - und das bei stark steigendem Strombedarf. Denn i m Jahr 2030 sollen 15 Millionen Elektroautos auf deutschen Straßen fahren und zahlreiche Haushalte mit strombetriebenen Wärmepumpen statt mit Öl oder Gas heizen. Die angestrebten Kapazitäten für stromintensive Wasserstoffelektrolyse sollen sich von fünf auf zehn Gigawatt verdoppeln. Dazu kommt die fortschreitende Digitalisierung mit immer mehr stromfressenden Rechenzentren. Laut Koalitionsvertrag wird sich der Bruttostrombedarf im Jahr 2030 zwischen 680 und 750 Terawattstunden bewegen. Zum Vergleich: 2020 hat Deutschland 545 Terawattstunden verbraucht. Der Strombedarf würde demnach im Vergleich zu heute um 25 bis 38 Prozent steigen.

Das Energiewirtschaftliche Institut an der Uni Köln (EWI) hatte im vergangenen Dezember für das Handelsblatt ausgerechnet, was zur Bereitstellung dieser Strommengen passieren müsste, wenn wie geplant bis 2030 alle Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Ergebnis: Bis dahin müssten Gaskraftwerke mit einer installierten Leistung von 23 Gigawatt neu gebaut werden.

Gas und Wasserstoff sollen die Kohle mittelfristig ersetzen

"Wenn ich Leistung aus dem Kraftwerkspark rausnehmen möchte, müsste ich auf der anderen Seite auch Leistung reinbringen, um die Stromnachfrage zu decken. In dem Fall wäre das der Zubau von wasserstofffähigen Gaskraftwerken und Erneuerbaren in Verbindung mit Speichern", erklärt EWI-Experte Philip Schnaars. Unter diesen Voraussetzungen sieht Schnaars einen Kohleausstieg bis 2030 aber im Rahmen des Möglichen.

Dabei scheint die Regierung vor allem auf Gaskraftwerke zu setzen - gebaut von RWE. Dafür, dass der Braunkohlekonzern seine Kraftwerke früher als bislang geplant vom Netz nimmt, soll RWE neue Gaskraftwerke bauen. "Die Energiesicherheit muss natürlich auch für das Jahr 2030 und darüber hinaus garantiert werden, deswegen werden wir eine Ausschreibung für Wasserstoff-Gaskraftwerke vornehmen", sagte Habeck. Dabei gehe es um Gaskraftwerke, die so schnell wie möglich auf Wasserstoff umgestellt werden können. "Ich gehe davon aus, dass ein Teil davon, wenn nicht alles, von RWE bereitgestellt werden kann", machte der Grünen-Politiker deutlich.

Bisher angekündigt hat RWE zunächst den Bau von drei Gigawatt Kraftwerkskapazität. Experten gehen jedoch davon aus, dass deutlich mehr gebraucht wird.

Das Problem: Die Kraftwerke sollen nur für den Notfall bereitstehen, also für Tage, an denen der Strombedarf nicht ausreichend aus Wind- und Solarstrom gedeckt werden kann. So würden sie möglichst wenig Gas verfeuern. Dadurch rentieren sich die Anlagen aber auch nicht. Deshalb fordert RWE, dass das Unternehmen für die Bereithaltung einer gesicherten Stromproduktion vergütet wird. Das soll laut Handelsblatt-Informationen ebenfalls Teil des Kohledeals sein. "Das Paket besteht aus drei Teilen: früherer Kohleausstieg, Entschädigung und Begleitprogramm, sprich Bau und Finanzierung von Gaskraftwerken", berichtet ein Insider.

Dafür, dass RWE seine Kohlekraftwerke früher vom Netz nimmt, arbeite die Bundesregierung ein Refinanzierungsmodell für künftige Gaskraftwerke aus. Dann könnten auch Energiegrößen wie EnBW ins Spiel kommen. Der baden-württembergische Konzern hatte vor der Krise bereits angekündigt, in Gaskraftwerke investieren zu wollen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

EnBW erzeugt aktuell einen Teil seines Stroms aus Steinkohlekraftwerken, will aber bis 2035 klimaneutral sein und entsprechend aus der Kohleverstromung aussteigen. Deshalb plant der Konzern, die eigenen Steinkohleblöcke kurzfristig auf Erdgas umzustellen und sie später mit Wasserstoff zu betreiben.

Trotzdem steht die Bundesregierung mit dem neuen Ausstiegsdatum vor einer Mammutaufgabe. Waren die Pläne schon bei Entstehung des Koalitionsvertrags ambitioniert, so sind sie es heute umso mehr. Jetzt stehen den neuen Gaskraftwerken nicht nur Klimaproteste, Planungs- und Genehmigungsanforderungen entgegen - sondern vor allem auch die Herausforderung, ausreichende Erdgasmengen nach Deutschland zu importieren.

Seit dem 30. August kommt nach Angaben des Marktforschungsunternehmens Icis keinerlei Erdgas aus Russland mehr in Deutschland an. Es fließe lediglich noch russisches Gas in andere europäische Länder, zum Beispiel nach Ungarn, Slowenien, Tschechien und in die Slowakei.

Deutschland muss sich die nötigen Gasmengen teuer aus anderen Quellen beschaffen. Zuletzt kamen laut Icis 44 Prozent der Gasimporte aus Norwegen, 30 Prozent aus den Niederlanden und 27 Prozent aus Belgien.

Für die Zukunft setzt die Politik deswegen vor allem auf Flüssigerdgas aus den USA. Auch mit Katar ist man immer wieder im Gespräch. Erst kürzlich besuchte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) das Emirat, um die Gespräche über mögliche Energielieferungen voranzutreiben.

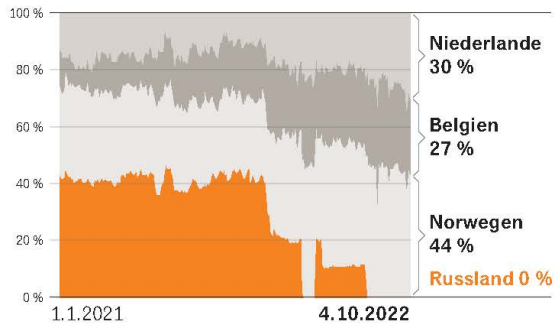
Auch hier könnte RWE in Zukunft enger mit der Politik zusammenarbeiten. Denn Katar könnte demnächst der größte Aktionär des Kohle Konzerns werden. Für den fast sieben Milliarden Euro teuren Kauf des US-Solarkonzerns Con Edison Clean Energy Businesses hilft der katarische Staatsfonds QIA mit einer 2,43 Milliarden Euro schweren Pflichtwandelanleihe aus. Damit kann QIA mit gut neun Prozent bei RWE einsteigen. Silke Kersting, Catiana Krapp, Kathrin Witsch , Mitarbeit: Julian Olk

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

80 Prozent des deutschen Stroms sollen 2030 aus erneuerbaren Energien kommen. Quelle: Bundesregierung

Deutsche Energieversorgung mit Gas und Strom

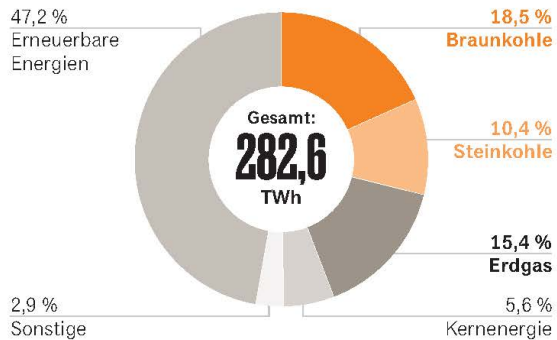
Anteil der Lieferländer an den deutschen Gasimporten in Prozent



HANDELSBLATT

Handelsblatt Nr. 192 vom 05.10.2022
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Nettostromerzeugung
Anteil im 1. Halbjahr 2022 in Prozent



TWh – Terawattstunden • Quellen: ICIIS, Fraunhofer ISE

Energiebranche: Nettostromerzeugung in Deutschland in TWh und Anteil der Energieträger in Prozent, deutsche Erdgasimporte nach Lieferländern anteilig in Prozent 01.01.2022 bis 04.10.2022 (MAR / UMW / Grafik)



Kersting, S.
Krapp, C.
Olk, Julian
Witsch, K.

Seite 4 von 5


ENE-11 Kohle
ENE-11-01 Kohlekraftwerk
ENE-16 Strom
ENE-16-01 Stromerzeugung P4911
ENE-16-03 Stromversorgung P4910

Dokumentnummer: 18ED6826-BCEE-46C0-AC7F-1AE093BE2F69

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_18ED6826-BCEE-46C0-AC7F-1AE093BE2F69%7CHBPM_18ED6826-BCEE-46C0-AC7F-1AE093BE2F69

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH